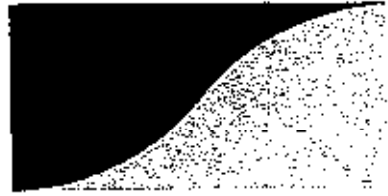


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbm d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Volker Kröning untersucht die militärischen Beistandspflichten der Bundesrepublik; Keine Weltmachtrolle für die Bundesrepublik.

Seite 1
Heinz Putzrath warnt vor einer Beschwichtigungspolitik am Golf; Keine falschen Prioritäten.

Seite 3
Jochen Welt MdB verlangt höhere Zuschüsse an die Kommunen für die Kosten der Kindergärten; Kindergarten-Zusage kostet elf Milliarden Mark.

Seite 4
Dokumentation
Der Präsident und die Fraktionen des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern haben eine gemeinsame Erklärung zum Golf-Krieg verabschiedet. Wir dokumentieren die Erklärung im Wortlaut.

Seite 5

46. Jahrgang / 16

23. Januar 1991

Keine Weltmachtrolle für die Bundesrepublik

Golf-Krieg und Beistandspflichten der Bundesrepublik Deutschland

Von Volker Kröning

Justizsenator der Freien Hansestadt Bremen und
Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission der SPD

1.

Der Meinungsstreit um die Verpflichtungen der Bundesrepublik bei einem Angriff des Iraks gegen die Türkei im Rahmen des gegenwärtigen Golf-Krieges offenbart eine erhebliche Unsicherheit bei der Beurteilung der Rechtslage nach der UN-Charta und dem NATO-Vertrag und bei der Standortbestimmung deutscher Politik.

2.

Die Reaktion der UNO auf die Aggression des Irak gegen Kuwait hat nichts mit der NATO zu tun. Auch wenn sich die NATO seit der Befassung der UNO mit dem Konflikt mehrfach eingeschaltet hat, ist dies kein Thema des politischen und militärischen Bündnisses NATO, das unmittelbar mit dessen Aufgaben und Befugnissen zu tun hätte, sondern eine Angelegenheit des Kollektiven Sicherheitssystems UNO.

Besonders gegenüber dem NATO-Generalsekretär Wörner und dem Bundesminister der Verteidigung Stoltenberg ist zu betonen, daß die NATO nicht berechtigt ist, in den Golf-Krieg einzugreifen. Out-of-area-Einsätze des Bündnisses würden eine Änderung von Artikel 6 des NATO-Vertrages voraussetzen; dies ist zwar seit längerem ein Debatthema im Bündnis, aber darüber gibt es bisher weder eine Einigung in den Gremien des Bündnisses noch bei den zuständigen Organen der Mitgliedstaaten.

3.

Die Entsendung deutscher Marine- und Luftwaffen-Einheiten in das östliche Mittelmeer und nach Ost-Anatolien mag im Bündnis vorgeklärt worden sein und - wie im Falle der Eingreifkräfte - auf Vorkehrungen des Bündnisses für den Fall einer Bedrohung oder eines bewaffneten Angriffes im Sinne der Artikel 3 und 5 des NATO-Vertrages beruhen. Dies macht sie jedoch nicht zu einer NATO-Maßnahme. Vielmehr beruht die Entscheidung der Bundesregierung zur Entsendung der Marine- und Luftwaffen-Einheiten auf Kapitel VII der UN-Charta und den Bindungen, die sich aus der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur UNO ergeben. Es handelt sich zwar nicht um die Beteiligung an

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mü. zuzügl. MwSt und Versand.

Kleinformat-Druck
mit vermehrt Recycling-
Papier



militärischen Sanktionen nach Artikel 42 der UN-Charta, aber um eine Maßnahme im Rahmen der gegenseitigen Beistandspflicht nach Artikel 49 der UN-Charta. Die Bundesrepublik ist damit bereits mittelbar - im Sinne der Unterstützung der Allianz gegen den Irak - am Golf-Krieg beteiligt.

4.

Ein Gegenschlag des Iraks gegen die Türkei im Rahmen der Kriegsführung der "horizontalen Eskalation" wäre eine militärische Erwiderung auf die bisherigen, von der UNO gedeckten militärischen Sanktionen der Anti-Irak-Allianz unter Führung der USA und auf die Entscheidung, eine "zweite Front" an der türkisch-irakischen Grenze zu eröffnen. Es wäre eine unmittelbare Folge militärischer Entscheidungen der Anti-Irak-Allianz und eine mittelbare Folge der UN-Resolutionen beziehungsweise der Maßnahmen der Staatengemeinschaft nach Kapitel 7 der UN-Charta. Dies wäre zwar nicht als Folge eines "provokierten" Angriffes zu verstehen, wie aus SPD-Kreisen verlautet, erfüllt aber nicht die Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrages, die einen bewaffneten Angriff auf einen oder mehrere Staaten beziehungsweise dessen oder deren Gebiet oder dessen oder deren Streitkräfte innerhalb des Gebietes, das der Vertrag absteckt, voraussetzen. Eine solche nur dem Wortlaut, aber nicht dem Sinne des NATO-Vertrages folgende Interpretation würde die politische und militärische Entscheidungskompetenz der NATO, ihrer Mitgliederstaaten und ihrer Instanzen unterhöheln.

5.

Daraus folgt freilich nicht, daß die Bundesrepublik von einem Angriff des Irak auf die Türkei unberührt bliebe. Es wäre jedoch nicht ein Angriff im Sinne des NATO-Vertrages, sondern eine Konstellation innerhalb des von der UNO legitimierten Golf-Krieges. Als Mitglied der UNO wäre die Bundesrepublik ebenfalls zum Beistand verpflichtet. Aus der Entsendung der deutschen Einheiten in die Türkei könnte - und müßte - folgen, sie zur Abwehr eines Angriffes irakischer Truppen zu Lande einzusetzen; sie bei unmittelbar drohender Gefahr zurückzuziehen, wird sich die Bundesregierung nach der Entsendung schwerlich erlauben können. Die Bundesrepublik könnte ihre Beistandspflicht allerdings auch bei steigender Gefahr weiterhin indirekt erfüllen, zum Beispiel indem sie sich auf Militärhilfe oder finanzielle Hilfe beschränkt. Nicht erlaubt - und unvertretbar - wäre indessen beides, den Bündnisfall im Rahmen der NATO und Verpflichtungen im Rahmen der UNO zu verneinen.

6.

Die unverkennbare Unsicherheit der Bundesregierung und der politischen Parteien bei der Beurteilung der Rechtslage hängt mit der Unklarheit der Rolle deutscher Politik in dem sich verschränkenden (noch nicht überstandenen) Ost-West- und (sich verschärfenden) Nord-Süd-Konflikt zusammen. Der Bundesrepublik fielen die Beantwortung der aktuellen völker- und verfassungsrechtlichen Fragen wesentlich leichter, wenn sie ihre Rolle klar definieren würde. Dies ist nicht die Rolle einer Vormacht der NATO oder der UNO außerhalb Europas, sondern die eines mitteleuropäischen Eckpfeilers der NATO im Wandel von einem militärischen zu einem politischen Bündnis und der Institutionalisierung der KSZE im Sinne eines regionalen Sicherheitssystems im Rahmen der UN-Charta. Die Bundesrepublik trägt Risiken und Lasten einer schwer zu überblickenden und schwer zu kontrollierenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierung in Mittel-Ost-, in Ost- und in Süd-Osteuropa (Polen, Tschechoslowakei und Ungarn; Sowjetunion; Jugoslawien) und ist bereit und - in Arbeitsteilung mit den anderen NATO- und besonders den EG-Staaten - in der Lage, in dieser Dimension des Doppelkonfliktes Ost-West / Nord-Süd zusätzliche Verpflichtungen zu übernehmen. Dies ist kein "Ohne-mich"-

Standpunkt, wie der Bundesrepublik erneut vorgeworfen wird, sondern die überfällige Rollenbestimmung, nachdem die gleichen Freunde ihr erst vor kurzem eine "partnership in leadership" zuschreiben wollten. Die Bundesrepublik sollte jegliche Weltmachtrolle ablehnen und die augenblickliche Situation dazu nutzen, ihre Rolle als europäische und zivile Ordnungsmacht deutlich zu definieren.

(-/23.1.1991/st/ks)

Keine falschen Prioritäten!

Gegen eine Beschwichtigungspolitik am Golf

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

"Nie wieder Krieg" war die Parole nach dem Ersten Weltkrieg. Der Glaube an Gewaltlosigkeit und an die demokratischen Regeln war Richtschnur für das Handeln der deutschen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Diese lobenswerte Haltung konnte die Eroberung der Macht durch die Nationalsozialisten nicht verhindern. Die Nazis wollten ihre Ziele mit Gewalt durchsetzen - nach innen und nach außen. Daß Hitler Krieg bedeuten würde, wußte man und sagte es. Weder im Inland noch im Ausland wollte man es wahrhaben. Ein Umdenken war notwendig. Mit Anti-Kriegsparolen konnte man Hitler nicht stoppen. Aus diesem Grund wandte sich die Opposition gegen Hitler im Reich wie im Exil gegen die Beschwichtigungspolitik des Westens - ohne Erfolge. Die Fehleinschätzung der Ziele der NS-Diktatur hatten ein furchtbares Ergebnis: mehr als 50 Millionen Menschen mußten sterben...

Krieg ist grauenhaft, aber der Verlust der Freiheit für Einzelpersonen und Völker nicht minder. Demonstrationen gegen die Verursacher von Kriegen sind daher nicht nur legitim, sondern auch notwendig. Dies gilt für alle gleichermaßen. Wer nicht durch Vorurteile blind ist, muß daher heute gegen Saddam Hussein demonstrieren, der für die Annexion Kuwaits verantwortlich ist. Für die militärische Besetzung dieses Landes gab es keinerlei Veranlassung, doch alle Versuche, durch friedliche Verhandlungen diese rückgängig zu machen, blieben erfolglos. Wollte man nicht erneut durch eine Beschwichtigungspolitik wie 1938/39 den irakischen Aggressor für seine Annexion belohnen, mußten die Vereinten Nationen bereit sein, ihre Beschlüsse notfalls Gewalt gegen Irak anzuwenden, in die Tat umzusetzen. Das war die logische Konsequenz nach der Ablehnung von friedlichen Verhandlungen seitens des Iraks.

Die Verquickung der Annexion Kuwaits mit dem Palästina-Problem ist besonders perfide. Die Hoffnung, dadurch die arabischen Staaten aus der Koalition gegen Irak herauszubrechen, mißlang bis jetzt. Das ist gewiß bemerkenswert, weil die Palästinafrage seit Jahren einen Konfliktstoff im Nahen Osten darstellt und dringend einer politischen Lösung bedarf. In keinem Falle aber kann das die kriegerischen Handlungen gegen Israel rechtfertigen. Im Gegenteil muß die bisherige Besonnenheit Israels gewürdigt werden und mehr Kundgebungen in Anerkennung dieser Haltung wären am Platze.

Juden aus aller Welt haben in Israel Zuflucht vor rassistischer Diskriminierung und Verfolgung in der Vergangenheit und in der Gegenwart gefunden. Seine Bevölkerung und unter ihnen die Überlebenden des Holocaust sehen sich nun wieder einer tödlichen Bedrohung ausgesetzt. Angesichts unserer eigenen Geschichte ist es skandalös, daß es wiederum deutsche Unternehmen sind, die wesentlich zur Produktion von Vernichtungswaffen im Irak beigetragen haben. Als deutsche Antifaschisten, die selbst als Opfer den NS-Terror erlebt haben, fühlen wir uns ganz besonders mit Israel verbunden. Die Menschen in diesem Lande haben jetzt ein Anrecht auf unsere Solidarität.

Jeder, der sein Bekenntnis zur Friedfertigkeit bekunden will, verdient Respekt. Doch darf man dabei nicht die Lehren aus der Erfahrung unserer Geschichte mißachten: Pazifismus ist keine Antwort auf eine militärische Aggression. Die Friedensbewegung in Deutschland ist in der Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn sie in dem jetzigen Konflikt zwischen dem Irak und den Kräften der Vereinten Nationen Ursache und Wirkung verfälscht. Das geschieht, wenn sie die USA zum Sündenbock für den Krieg am Golf verurteilt anstatt den Diktator im Irak. Die Tradition der freiheitlichen Sozialdemokratie verbietet es, daß sich Teile ihrer Mitglieder von falschen Prioritäten beeinflussen lassen. Die Räumung Kuwaits ist und bleibt die erste Zielsetzung aller Bemühungen. Nur sie kann die Voraussetzung für eine politische Lösung aller Probleme des mittleren und nahen Osten sein.

(-/23.1.1991/st/ks)

Kindergartenplatz-Zusage kostet elf Milliarden DM
Zum Finanzierungsbedarf eines Regierungsversprechens

Von Jochen Welt MdB
Bürgermeister von Hecklinghausen

Die von der Bonner Regierungskoalition bewilligte Erfüllung eines Anspruchs auf einen Kindergartenplatz im Rahmen des Jugendhilfegesetzes ist längst überfällig und von daher zu begrüßen. Danach sollen alle Eltern für ihre Kinder zwischen drei und sechs Jahren den Anspruch auf einen Kindergartenplatz einklagen können und die Gemeinden zur Schaffung ausreichender Plätze verpflichtet werden.

Die gesetzlichen Initiativen auf einen derartigen Rechtsanspruch waren bereits vor zwei Jahren durch die sozialdemokratischen Länder in den Bundesrat eingebracht und durch die christdemokratische Mehrheit abgelehnt worden.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß ein derartiger gesetzlicher Anspruch auch eine Finanzierungsregelung der daraus entstehenden Kosten für neue Kindergärten unter anderem beinhalten muß. Die zweifelsohne sinnvolle und notwendige Regelung darf mit ihren finanziellen Belastungen nicht wieder den Gemeinden aufgebürdet werden.

Schließlich sind es die Gemeinden, bei denen die Eltern ihre jetzt in Bonn beschlossenen Ansprüche auf Kindergartenplätze für ihre Kinder einfordern werden.

Städte und Gemeinden sind in den vergangenen Jahren ohnehin durch die Übernahme von gemeindefeindlichen Soziallasten wie die Finanzierung von Arbeitslosigkeit, Altenpflege und Zuwandererlasten sowie durch eine gemeindefeindlichen Steuerpolitik an den Rand des finanziellen Ruins getrieben worden.

Um die zusätzlichen Kostengrößen deutlich zu machen, mache ich folgende Überschlagsrechnung auf:

Für das Erreichen der gesetzlich dann zugesicherten hundertprozentigen Versorgung ist allein für Recklinghausen mit seinen 125.000 Einwohnern eine zusätzliche Investitionssumme von mindestens drei bis vier Millionen DM notwendig. Hinzu kommen dann jährliche Betriebskosten der neubauten Kindergärten und Kindertagesstätten von circa 1,5 bis zwei Millionen DM, als fünf bis sechs Millionen DM an rein städtischen Zusatzbelastungen.

Meine Forderungen richten sich deshalb an den Bund, da die Länder von den Bonner Zuschüssen abhängig sind. Von der Bonner Regierung fordere ich, gekoppelt an die neue Kindergartenplatzregelung, einen massiven, milliardenschweren Finanztransfer zu Bundesländern und Gemeinden.

Die notwendigen Zuschüsse müßten, überschlägig und ohne Berücksichtigung der neuen Bundesländer gerechnet, mindestens zwei Milliarden DM betragen. Ich gehe dabei von einer achtzigprozentigen momentanen Versorgungsdichte von Kindergartenplätzen bundesweit aus.

Sollte die finanzielle Unterstützung zur Ausführung der jetzt in Bonn beschlossenen Regelung nicht ausreichen, droht den Gemeinden ein riesiger Prozeßberg, da diese die Elternforderungen unmöglich selbst erfüllen könnten.

In ihrer jetzigen Form ist die an sich sehr zu begrüßende Regelung, daß jedes Kind ein Anspruch auf einen Kindergartenplatz bekommt, illusorisch. Sie wird vielmehr viel Unfrieden in den Städten stiften und zur Entfremdung der Bürger-Verwaltung beitragen.

Auch angesichts der von Bonn allgemein praktizierten, gemeindefeindlichen Steuerpolitik bin ich allerdings sehr skeptisch, ob die Bundesregierung gerade in diesem Fall den Gemeinden hilft, externe Mehrbelastungen abzubauen.

Diese belaufen sich, nimmt man nur die zusätzlichen Kosten für Kindergärten und die entfallenden Einnahmen in Höhe von neun Milliarden DM auf der abgeschafften Gewerbesteuer, auf über elf Milliarden DM. Elf Milliarden DM, die die deutschen Kommunen unmöglich zusätzlich aufbringen könnten.

(-/23.1.1991/st/ks)

DOKUMENTATION

Gewalt darf kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein

Der Präsident und die Fraktionen des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern haben zum Beginn des Golf-Krieges eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Wir dokumentieren die Erklärung im Wortlaut.

1.

Die Abgeordneten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern nehmen mit Trauer und tiefer Sorge die Eskalation am Golf zur Kenntnis. Ihre Gedanken sind bei den unschuldigen Kin-

dern, Frauen und Männern, die durch die Gewalt der Bomben und Raketen verwundet werden beziehungsweise ums Leben kommen. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß der Krieg sofort beendet wird, Umwelt und Klima der Erde nicht weiter beeinträchtigt werden und die Weltzivilisation keinen schweren Schaden nimmt.

2.

Die politische Verantwortung für den Kriegsausbruch trägt allein der irakische Diktator Saddam Hussein. Er hat sein Volk, die arabischen Nachbarvölker, den Staat Israel und die ganze Menschheit einer vernichtenden Gefahr ausgesetzt. Wir rufen Saddam Hussein dringend auf, die Besetzung Kuwaits zu beenden.

3.

Die Bürgerinnen und Bürger des vereinigten Deutschlands nehmen mit Betroffenheit zur Kenntnis, daß Teile der deutschen Wirtschaft an diesem Krieg verdienen. Sie sind erschüttert darüber, daß der Irak mit Waffen kämpft, die der ehemalige SED-Staat unter Erich Honecker dorthin exportiert hat. Die Regierungen aller waffenliefernden Staaten müssen sich fragen lassen, warum sie es zuließen, daß Saddam Hussein ein solches Waffenarsenal aufbauen konnte.

4.

Die Politik am Golf ist weltweit gescheitert. Wir unterstützen alle Kräfte, die zwischen Saddam Hussein und den alliierten Armeen einen Waffenstillstand und Verhandlungen vermitteln. Erstes Ziel muß die Befreiung Kuwaits sein. Die irakische Armee muß eigenständig prüfen, ob die strategischen Ziele Saddams nicht sofort aufgegeben werden müssen.

5.

Nur eine Friedenskonferenz im Nahen Osten kann die lange angestauten Konflikte in dieser Region lösen. Diese Friedenskonferenz muß von allen beteiligten Völkern vorbereitet und schnellstmöglich einberufen werden.

6.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern bittet den Bundespräsidenten, Herrn Richard von Weizsäcker, seine Autorität für die Beendigung des Krieges einzusetzen. Die Abgeordneten des Landtages fühlen mit den jungen Menschen, die in unseren Städten und Dörfern für den Frieden und das Leben demonstrieren. Wir alle müssen uns fragen, ob wir genug für den Frieden getan haben. Schon am 2. August, dem Tag des Überfalls auf Kuwait hätten wir öffentlich für den Frieden auf unserer Erde demonstrieren müssen.

Wir leben auf einer Erde, in einer Welt, unter einer Menschenfamilie. Gewalt ist unter den gegenwärtigen globalen Zusammenhängen nirgendwo ein Mittel für die Durchsetzung der politischen Interessen.

Rainer Prachtl, Präsident des Landtages,
Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD,
Fraktion der LL/PDS,
Fraktion der FDP.

(-/23.1.1991/st/ks)
